

# Die christlich-demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments im Spannungsfeld verschiedener transnationaler Kooperationsformen 1965-1979

Hinnerk MEYER

Die sich seit Ende der 1940er Jahre entwickelnde, von Rückschlägen und Fortschritten begleitete europäische Integration hat sich zu einer Notwendigkeit der politischen und ökonomischen Zusammenarbeit in Europa entwickelt. Staatenübergreifende europäische Kooperation auf den verschiedensten Feldern ist in diesem Zusammenhang nicht mehr eine Utopie, sondern bestimmt längst die politische Realität unseres Kontinents und wird dies – sofern der fortwährende Anpassungsprozess an die sich im ständigen Wandel befindenden politischen und ökonomischen Begebenheiten im Weltsystem gelingt – auch bleiben.<sup>1</sup> In der Untersuchung dieses sich seit nunmehr 60 Jahren entwickelnden Integrationsprozesses hat sich die historische Forschung in erster Linie den nationalstaatlichen Regierungen als vermeintlichen Hauptträgern der Integration zugewandt. Gewiss haben Staaten wie die Bundesrepublik, Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten oder auch Großbritannien diese Entwicklungsstränge als Akteure wesentlich bestimmt. Ihnen jedoch in diesem Zusammenhang ein Handlungsmonopol zuzuschreiben, wäre angesichts einer Vielzahl von öffentlichen und privaten Akteuren auf verschiedenen Ebenen der Entscheidungsfindung vermessenen.<sup>2</sup> Darüber hinaus wirkten wechselnde innenpolitische Konstellationen und Antriebskräfte in den einzelnen Staaten sowie inter- und transnationale Rahmenbedingungen auf die europäische Einigungspolitik. Vor diesem Hintergrund richtet dieser Beitrag einen Blick auf eine weitere, in ihrem integrationspolitischen Wirken nicht zu unterschätzende Gruppe, nämlich Parteien und ihre Zusammenarbeit im transnationalen Parteienverbund.

Das Gelingen der europäischen Einigung war und ist eng verbunden mit der Entwicklung eines transnationalen politischen Systems, das die politischen Parteien der Nationalstaaten zum Anlass nahmen, sich zu übernationalen Parteienvereinigungen und schließlich zu „europäischen Parteien“ zusammenzuschließen. Politische Parteien sind Träger von Regierungspolitik und damit auch der Gestaltung von Europapolitik. Berücksichtigt man die Rolle transnationaler Netzwerke in Ergänzung zur Zusammenarbeit nationaler Regierungen und europäischer Gemeinschaftspolitik, so wird erkennbar, welche Bedeutung auch nicht-ökonomische und nicht von (Macht-)Interessen geleitete Motive wie ideologische Orientierungen und parteipo-

1. Vgl. dazu auch R. KIRT, *Europa – Weltmacht der Herzen. Zukunftsszenarien für das 21. Jahrhundert*, Georg OLMS, Hildesheim u.a., 2009 sowie L. KÜHNHARDT, *European Crisis: Challenges and Responses 1945-2007*, Oxford University Press, Oxford, New York, 2008.
2. J. BACHE, M. FLINDERS (Hrsg.), *Multi-Level Governance*, Oxford University Press, Oxford, 2005; J. PETERSON, *Policy Networks*, in: A. WIENER, T. DIETZ (Hrsg.), *European Integration Theory*, Oxford University Press, Oxford, 2004.

litische Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Integration inne haben.<sup>3</sup> Transnationale Netzwerkbildung wurde somit zu einem wichtigen Aktionsfeld parteipolitischer Arbeit, das – wenngleich nicht frei von Problemen und Hindernissen – zur Schaffung von europäischem Bewusstsein und Koordinierung von Engagement beigetragen hat.<sup>4</sup> Gegenseitiger Austausch und die Formulierung von Integrationspolitik sorgten in diesem Zusammenhang für einen regen Transfer von Ideen und Praktiken formeller sowie informeller Art (Gesetze, Traditionen, institutionelle Vorstellungen).<sup>5</sup> Im Folgenden soll untersucht werden, wann und wodurch jeweils integrative oder desintegrative Kräfte im Rahmen der christdemokratischen Parteienzusammenarbeit die Oberhand erlangten.

Die christdemokratischen Parteien Europas haben ebenso wie die europäischen Liberalen und Sozialisten sowie Sozialdemokraten bei der transnationalen Zusammenarbeit eine aktive Rolle gespielt. Einzigartig hingegen ist die Vielfalt der unterschiedlichen Formen und Foren, in denen sie ihre europaweite Kooperation zu organisieren wussten. In diesem Zusammenhang ist der Zeitraum zwischen 1965 – der Gründung der „Europäischen Union Christlicher Demokraten“ (EUCD) zur Intensivierung einer gemeinschaftlichen Politik – und 1979 – der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments von besonderem Interesse.<sup>6</sup> In dieser Phase prägte sich der europäische Parlamentarismus aufgrund der stetigen Bedeutungszunahme des Europäischen Parlaments (EP) aus. Entsprechend rückt insbesondere die christlich-demokratische Fraktion im EP in den Fokus des Interesses. Sie profilierte sich als treibende Kraft auf dem Weg zur Bildung einer europäischen christdemokratischen Partei, operierte jedoch zugleich in Kooperationsforen unterschiedlichen geographischen Zuschnitts, was wiederholt zu Spannungen innerhalb der europäischen Christdemokratie führte und dem integrativen Wirken der EP-Fraktion zweifellos Grenzen setzte. Im Folgenden soll nicht nur die Bandbreite christdemokratischer Zusammenarbeit auch über das EP hinaus betont, sondern in diesem Zusammenhang auftretende interne Spannungsfelder identifiziert werden. Um deren Ursprünge nachvollziehen zu können, ist zunächst ein kurzer Blick auf die Entstehung transnationaler Parteienkooperation der Christdemokraten nach 1945 notwendig.

3. M. GEHLER, W. KAISER (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation der europäischen Christdemokraten. Dokumente 1945-1965*, K.G. Saur, München, 2004, S.30.
4. Vgl. dazu B. BÜHLBÄCKER, *Personal und Personalpolitik deutscher Parteien und Verbände in der Montanunion 1949-1958*, Klartext Verlagsgesellschaft, Essen, 2007, S.356.
5. M. GEHLER, W. KAISER (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation ...*, op.cit., S.30 f.
6. Zu verweisen ist hier auch auf ein aktuelles Forschungsprojekt zum Thema „Transnationale Parteienkooperation christdemokratischer und konservativer Parteien Europas 1965 bis 1979“, welches das Institut für Geschichte der Universität Hildesheim gemeinsam mit dem Karl-von-Vogelsang Institut (KvVI) in Wien durchführt.

## I. Ursprünge: Nouvelles Equipes Internationales (NEI), Genfer Kreis und christlich-demokratische Fraktion im Europäischen Parlament

Anders als im Falle der sozialistischen und kommunistischen Parteien, konnte das bürgerliche bzw. christdemokratische Parteienspektrum erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges anhand transnationaler Strukturen effektiv in Erscheinung treten.<sup>7</sup> Internationalismus galt in diesem Lager lange Zeit als unpatriotisch und war nicht mit den sich an politischer und geistiger Kontinuität sowie Tradition orientierenden konservativen Ideen vereinbar. Erst die Erfahrung von Hilflosigkeit gegenüber dem sich in den 1920er und 1930er Jahren ausbreitenden Faschismus in Europa – insbesondere dem Nationalsozialismus – führte zu einem Umdenken, das sich zunächst in den Geheimtreffen des informellen „Genfer Kreises“ (1947-1956) sowie der Zusammenarbeit in den 1947 begründeten *Nouvelles Equipes Internationales* (NEI) manifestierte.

Die Initiative zu einem regelmäßigen und organisierten Meinungs Austausch christdemokratischer Parteien nach dem Zweiten Weltkrieg ging in erster Linie von der Konservativen Volkspartei der Schweiz aus, ferner spielten auch der französische *Mouvement Républicain Populaire* (MRP) sowie der belgische *Parti social-chrétien* (PSC) eine tragende Rolle bei der Gründung der NEI, die sich im Juni 1947 im belgischen Chaudfontaine bei Lüttich konstituierten.<sup>8</sup> Diskursthemen und zugleich treibende Motive waren die Sorge um das „abendländische Kulturerbe“ angesichts der kommunistischen Expansionsbestrebungen sowie die Erkenntnis, beim politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau des zerstörten Kontinents zusammenarbeiten zu müssen.<sup>9</sup> Verstärkend wirkten zudem erste europäische Einigungsbestrebungen wie die Schaffung der Marshall-Plan-Institution OEEC 1948 sowie die Erkenntnis, sich in punkto europäischer Vernetzung gegenüber den anderen politischen Lagern im Hintertreffen zu befinden.<sup>10</sup> Die hauptsächliche Aktivität der NEI bestand darin, in regelmäßigen Kongressen und Konferenzen die aktuellen europäischen Themen zu erörtern. Obwohl von direkter Einflussnahme auf die Ausgestaltung des frühen Integrationsprozesses abgesehen wurde, so plädierte man doch für drei Grundsätze: Erstens die Einbeziehung der deutschen Ökonomie beim wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas, zweitens den Ausbau des Wohlfahrtsstaates zur Eindämmung des Kommunismus und drittens die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen in Europa.<sup>11</sup> Ein Führungsorgan, das „Comité directeur“, trat dreimal pro Jahr zusammen. Beschlussfassungen wurden durchweg nach dem Konsensprinzip vorgenommen. In

7. Zum Kontext christdemokratische Parteien und europäische Integration siehe W. KAISER, *Christian Democracy and the Origins of European Union*, Cambridge University Press, Cambridge, 2007.

8. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei. Vorgeschichte, Gründung und Entwicklung der EVP*, Europa Union Verlag, Bonn, 1996, S.67 f.

9. M. GEHLER, *Geschichte vergleichender Parteien-Außenpolitik und Mitgliedschaften in der Europäischen Union: SPÖ und ÖVP in internationalen Organisationen und transnationalen Netzwerken 1945-2005*, in: *Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen*, 43(2010), S.7-46, hier S.21.

10. W. KAISER, *Christian Democracy ...*, op.cit., S.198 f.

11. Ibid., S.222 f.

jedem Jahr wählte dieses Leitorgan einen Vorstand, der aus dem Präsidenten, vier Vizepräsidenten und dem Generalsekretär bestand. Dazu traten zeitweilig eine Kulturkommission, eine Wirtschafts- und Sozialkommission sowie eine Ost/West-Kommission in Erscheinung. Trotz einer fehlenden organisatorischen Infrastruktur, einem formal unverbindlichen Entscheidungscharakter und beträchtlicher nationaler, kultureller und sprachlicher Barrieren trug die Existenz der NEI wesentlich dazu bei, die Gemeinsamkeiten zwischen den Parteien zu pflegen und einen programmatischen Grundkonsens entstehen zu lassen. Nach Robert Bichet, Gründer der NEI und Vizepräsident der Europäischen Bewegung, sollten die NEI zur „Realisierung der Europäischen Union“ als ersten „Schritt zur Weltunion“ beitragen. Durch die „Zusammenführung der christlich inspirierten demokratischen Parteien“, so der Gründungsvater, wollte man „wirksam zur Erhaltung eines dauerhaften Friedens mithilfe lebendiger Institutionen“ beitragen.<sup>12</sup>

Die Entwicklung der NEI wurde in den ersten Jahren begleitet von informellen, vertraulichen Begegnungen auf höchster politischer Ebene, die als „Genfer Gespräche“ bekannt geworden sind.<sup>13</sup> Der Zweck dieser Treffen bestand in streng vertraulichen Gesprächen eines geschlossenen Personenkreises verschiedener christlich-demokratischer Parteien. Hier trafen erstmals solche, mit Blick auf die europäische Integrationsgeschichte so bedeutsame Persönlichkeiten wie Georges Bidault, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauer zusammen. Die Zusammentreffen dienten nicht dem Ziel, konkrete politische Beschlüsse zu fassen, sondern sich über politische Sachfragen auszutauschen. Sie leisteten damit einen wichtigen Beitrag zur Vertrauensbildung auf höchster Ebene. Aus westdeutscher Sicht waren die Genfer Gespräche von essentieller Bedeutung, da es nach der Zäsur der Jahre 1933 bis 1945 für die westdeutschen Christdemokraten darum ging, verloren gegangenes Vertrauen zurückzugewinnen, neue Partner zu finden und die Aufnahme der 1949 gegründeten Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft vorzubereiten. Bis dahin ersetzten die Treffen zu einem gewissen Grade auch formelle zwischenstaatliche Kontakte, von denen die westdeutschen Christdemokraten noch ausgeschlossen waren.<sup>14</sup>

Im Laufe der 1950er Jahre nahm das Interesse an den NEI und den Genfer Gesprächen wie auch ihre Bedeutung als Instrument transnationaler Kooperation allmählich ab, da eine weitere neue Kooperationsform der Christdemokraten auf europäischer Ebene ins Spiel kommt, nämlich die Fraktionsbildung in der Gemeinsamen Versammlung der 1952 gegründeten Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS). Auch wenn die transnationale Zusammenarbeit bereits vor der Parlamentarisierung auf europäischer Ebene begonnen hatte, war die Konstituierung der Ge-

12. Archives historiques des Communautés européennes, Florence, Villa Il Poggiolo. Coll. Walter Lipgens, WL 89, Rede Bichets vor dem internationalen Rat der Europäischen Bewegung in Brüssel, 25.02.1949.
13. M. GEHLER, *Begegnungsort des Kalten Krieges. Der „Genfer Kreis“ und die geheimen Absprachen westeuropäischer Christdemokraten 1947-1955*, in: M. GEHLER, W. KAISER, H. WOHNOUT (Hrsg.), *Christdemokratie im 20. Jahrhundert*, Böhlau, Wien u.a., 2001., S.644 f.
14. M. GEHLER, W. KAISER (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation ...*, op.cit., S.43.

meinsamen Versammlung ein wichtiger Impuls, diese zu intensivieren.<sup>15</sup> Der Gemeinsamen Versammlung gehörten insgesamt 78 delegierte Mitglieder der jeweiligen nationalen Parlamente der sechs Mitgliedsstaaten an.<sup>16</sup> Sie hatte lediglich beratende Funktion. Ein Novum war es, dass sich die Abgeordneten, deren Mandat für die politische Vertretung im nationalen Bereich galt, in Fraktionen zusammenschlossen. Der EGKS-Vertrag enthielt diesbezüglich keinerlei Vorgaben. Die Parlamentarier hätten nach ihrem Eintreffen in Straßburg, dem vorläufigen Sitz der neuen Versammlung, jeweils nationale Delegationen bilden können, wie dies bei Tagungen von Mitgliedern internationaler parlamentarischer Versammlungen normalerweise der Fall ist. Dass dies nicht geschah, spricht für einen besonderen Geist und Willen zur Überwindung der Fokussierung auf rein nationale Interessen.<sup>17</sup> Schon 1953 wurde die Gründung von Fraktionen in der Gemeinsamen Versammlung formell anerkannt; die erste „europäische“ Fraktion der Christdemokraten, die am 23. Juni 1953 zusammentrat, umfasste 38 Mitglieder (von insgesamt 78 Abgeordneten).

Die 1958 durch die Römischen Verträge als parlamentarisches Organ der drei supranationalen europäischen Gemeinschaften – Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), Euratom, EGKS – konstituierte „Parlamentarische Versammlung“ (ab 1962 Europäisches Parlament, EP) sah von Anbeginn ausdrücklich die Bildung von Fraktionen vor. Der christlich-demokratischen Fraktion gehörten zunächst 66 Mitglieder von insgesamt 142 Abgeordneten aus den sechs Mitgliedsstaaten der EG an. Aus ihr sollten schon bald Impulse zugunsten einer Intensivierung der Parteienkooperation kommen. Dabei betrieben die nationalen Parteien, denen die Parlamentarier angehörten, nicht von vornherein eine einheitliche Politik. Jedoch führte das stetige Bemühen um gemeinsame Positionen nicht nur zur Entdeckung gemeinsamer Grundlagen, sondern trug auch zur Verständigung sowie zur gegenseitigen Wertschätzung und zum Entstehen von europäischem Bewusstsein bei.<sup>18</sup>

Allerdings führte das Doppelmandat der Europaparlamentarier, die zugleich als Abgeordnete im jeweiligen nationalen Parlament saßen und dementsprechend zu Präsenz verpflichtet waren, zu ernststen Schwierigkeiten. Zwar war die personelle Verzahnung von Europäischem Parlament und nationalen Parlamenten nur als Übergangslösung bzw. „Starthilfe“ konzipiert, die Fortführung dieser Praxis bis zu den ersten Direktwahlen von 1979 führte jedoch neben einer hohen physischen und intellektuellen Beanspruchung nicht selten zu Reibungsverlusten, Überschneidungen, Konflikten und Missverständnissen. In einem 1965 vom Sekretariat der christlich-demokratischen Fraktion verfassten Memorandum über die Probleme der europäischen Zusammenarbeit heißt es dazu: „Die für den europäischen Aufbau verantwortlichen christlich-demokratischen Kräfte arbeiten auf verschiedenen Ebenen“: auf Partei- und Fraktionsebene im nationalen Rahmen, einige auch in Regierungen

15. J. MITTAG, J. STEUWER, *Politische Parteien in der EU*, UTB, Stuttgart, 2010, S.160.

16. Art. 138 EGV in seiner bis 1979 gültigen Fassung.

17. P. FONTAINE, *Herzenssache Europa – Eine Zeitreise 1953-2009. Geschichte der Fraktion der Christdemokraten und der Europäischen Volkspartei im Europäischen Parlament*, Editions Racine, Brüssel, 2009, S.50 f.

18. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei ...*, op.cit., S.87 f.

und im Ministerrat der Sechs und schließlich in der christlich-demokratischen Fraktion des EP. „Das Problem besteht darin“, so heißt es weiter,

„zwischen diesen verschiedenen Kräften eine stetige und wirksame Zusammenarbeit zu organisieren. Die größte Schwierigkeit scheint die zu sein, dass all jene, die in den genannten Organisationen verantwortlich sind, bereits mit Arbeit überlastet sind und über sehr wenig freie Zeit verfügen. Diese Verantwortlichen müssen eine Form der Zusammenarbeit finden, die ihren Bedürfnissen und Erfordernissen entspricht“.<sup>19</sup>

Gerade das nationale Umfeld reagierte häufig mit Unverständnis, wenn es um europäische Angelegenheiten ging. Infolgedessen gelang es den Europaparlamentariern immer weniger, mit ihren nationalen Parteien einen fruchtbaren Dialog über europäische Themen zu führen. Vielfach herrschte Konkurrenzdenken statt Kooperationsbereitschaft. Dies sollte sich erst mit der Gründung eines europäischen Parteiverbundes ändern.

## II. Bündelung der Kräfte? Die EUCD im Spannungsfeld von EVP und EDU

Das Jahr 1965 wurde zum Ausgangspunkt einer Entwicklung, die transnationale Kooperationsformen weiter stärkte – und damit zu einem Meilenstein auf dem Weg zur Gründung einer europäischen Partei. Aufgrund der mangelnden Effizienz der NEI forderten insbesondere die italienische *Democrazia Cristiana*, die schweizerische KVP, die deutsche CDU sowie die österreichische ÖVP seit den frühen sechziger Jahren die Intensivierung der christdemokratischen Parteienkooperation in Europa. Vor dem Hintergrund zunehmender Spannungen innerhalb der Gemeinschaften und schließlich der Krise des „leeren Stuhls“ wurde seit 1964 im Vorfeld des 17. NEI-Kongresses in Taormina im Dezember 1965 die Umwandlung der NEI in die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) vorbereitet und beschlossen. Zu den Motiven und Zielen der Gründung des Parteienverbundes heißt es in der Schlussschließung in Taormina:

„Eine gemeinsame Politik der christlich-demokratischen Parteien [...] muss festgelegt werden, um die Völker und ihre Regierungen bei ihren Bemühungen um eine auf Solidarität und Gerechtigkeit beruhende Weltpolitik zu beeinflussen. Angesichts der Krise, in der sich gegenwärtig die europäischen Gemeinschaften befinden, betrachtet es die EUCD als dringend erforderlich, dass die Verträge von Paris und Rom ohne jede Einschränkung beachtet und durchgeführt werden. [...] Die EUCD hat als das Organ eines Zusammenschlusses von Parteien die Aufgabe, die vorliegenden Probleme auf weitere Sicht zu betrachten“.<sup>20</sup>

19. Archiv für Christlich-Demokratische Politik (ACDP), Nachlass Hans Furler, 01-015/014/1, Die Probleme der Zusammenarbeit der Christlich-Demokratischen Parteien der sechs Mitgliedsstaaten der europäischen Gemeinschaften, 12.01.1965.
20. ACDP, Nachlass Fritz Burgbacher, 01-158/001/2, Schlussschließung XVII. Kongress der Europäischen Union Christlicher Demokraten in Taormina, 12.12.1965.

Es waren demnach auch Spannungen innerhalb der Gemeinschaft, die die Gründung der EUCD forciert hatten. Gegen den französischen Staatspräsidenten, Charles de Gaulle, der die supranationale Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zunehmend in Frage gestellt hatte, formierte sich unter den Christdemokraten zunehmend Widerstand. Es ging darum, durch eine neue Organisationsform in der Europapolitik effektiver aufzutreten und die Zusammenarbeit innerhalb der europäischen Institutionen ebenso wie mit christdemokratischen Parteien von außerhalb der Europäischen Gemeinschaften stehenden Ländern zu intensivieren.

Die Neuerungen der EUCD lagen gegenüber den NEI in vier Bereichen. Waren die NEI noch so aufgebaut, dass nationale Delegationen sich aus Vertretern mehrerer Parteien zusammensetzen konnten, so sollte in der EUCD pro Land nur eine Mitgliedspartei vertreten sein. Dort, wo mehrere christlich-demokratische Parteien in einem Land existierten, wie zum Beispiel in den Niederlanden, mussten sich diese zu einer nationalen Equipe zusammenschließen, um als solche Mitglied der Vereinigung werden zu können.<sup>21</sup> Anders als die NEI, die ursprünglich den Anspruch hatten, eine christdemokratische „Internationale“ zu etablieren, bekannte sich die EUCD zu ihrer genuin europäischen Ausrichtung. Oberste Zielsetzung war die Schaffung eines föderalen Europa.<sup>22</sup> Lanciert durch den personalpolitischen Aufbau der Organe, kam es auch zu einer stärkeren Vernetzung zwischen Vertretern der nationalen Parteien und Verantwortlichen auf europäischer Ebene (so auch führenden Persönlichkeiten der CD-Fraktion im EP). Dadurch wurde die interne Kommunikation belebt und das Binnenleben der Organisation aktiviert. Die EUCD sollte die christlich-demokratische Fraktion im EP unterstützen und überdies die Kontakte mit christlich-demokratischen Parteien, die noch außerhalb der Gemeinschaften standen, intensivieren. Zu diesem Zweck schuf die EUCD fünf Organe: den Kongress, das Politische Büro, das Exekutivbüro, den Präsidenten und das Generalsekretariat. Der Kongress bestimmte als Leitorgan die Grundlinien der Politik und trat alle drei Jahre zusammen. Im Rahmen seiner vorgegebenen Orientierungen diskutierte und entschied das Politische Büro, das mindestens zweimal pro Jahr tagte, alle praktischen und politischen Fragen. Ihm oblag zudem die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und des Generalsekretärs. Die Zusammensetzung des Politischen Büros symbolisierte die verstärkte gesamteuropäische Vernetzung: Präsident und vier Vizepräsidenten, Generalsekretär, Präsident der Europäischen Union Junger Christlicher Demokraten (EUJCD), Präsidenten und je zwei weitere Vertreter der christlich-demokratischen Fraktionen des EP und des Europarats, frühere EUCD-Präsidenten, den Mitgliedsparteien angehörenden Präsidenten der europäischen Organe sowie fünf Delegierte je Mitgliedspartei oder (im Falle des Vorhandenseins mehrerer Mitgliedsparteien in einem Land) je Equipe, unabhängig von der Stärke oder der politischen Bedeutung

21. Dok.222: Entschließung, XVII. Kongress der EUCD, Taormina, 09.-12.12.1965, in: M. GEHLER, W. KAISER (Hrsg.), *Transnationale Parteienkooperation ...*, op.cit., S.691-693.

22. S. MATL, *Europäische Christdemokraten auf dem Weg zur transnationalen Zusammenarbeit? Von den Nouvelles Equipes Internationales zur Europäischen Volkspartei*, in: J. MITTAG, (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration. Entwicklung und Perspektive transnationaler Parteienkooperation in Europa*, Klartext Verlagsgesellschaft, Essen, 2006, S.289-312, hier S.308.

der betreffenden Gruppierungen.<sup>23</sup> Im Dezember 1978 gehörten der EUCD 17 politische Parteien aus 13 europäischen Ländern an: aus der Bundesrepublik, Österreich, Italien, den Beneluxländern, der Schweiz, Spanien, Portugal Frankreich, San Marino, Irland und Malta.

Die politischen Debatten innerhalb der neuen Organisation dienten dem Zweck, einen Konsens über eine christlich-demokratische „Doktrin“ herzustellen (was angesichts unterschiedlicher Programme, Traditionen und Denkweisen nicht immer leicht war) ebenso wie der Findung gemeinsamer Linien zu europa- und integrationspolitischen Themen sowie weltpolitischen Fragestellungen. So standen die Politik des „leeren Stuhls“ von de Gaulle (1965/66), die Fusion der Gemeinschaftsorgane der EG (1965-1967), der Haager-Gipfel (1969), die erste Norderweiterung der EG und die sich seit Ende der 1970er Jahre abzeichnende Süderweiterung um Griechenland, Portugal und Spanien auf der Agenda. Hinsichtlich der globalen Fragen ging es vor allem um den Vietnamkrieg (1965-1975), die Reaktion auf den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems (1971-1973), die Bewältigung der Energiekrisen infolge der zwei „Ölschocks“ (1973, 1979), den KSZE-Prozess (ab 1975) oder auch um die sowjetische Militärintervention in Afghanistan.

Durch den Präsidenten des EP Alain Poher (1966-1969) – ein Vertrauter Robert Schumans – und den Vorsitzenden der christdemokratischen Fraktion Hans August Lückner (1969-1975) wurde seit Mitte der 1960er Jahre auch von dieser Seite die Zusammenarbeit mit der EUCD deutlich intensiviert. Insbesondere die führenden Persönlichkeiten der Fraktion wurden nun eng in die Gremienarbeit der EUCD eingebunden. EUCD und Fraktion unterstützten sich gegenseitig in organisatorischer und inhaltlicher Hinsicht. Vor dem Hintergrund der Fusion der drei Gemeinschaften (1967), der seit dem Haager Gipfel 1969 wieder zunehmenden Integrationsdynamik und des Luxemburger Vertrags (1970), der die Haushaltsbefugnisse des EP stärkte, stieg der Bedarf an Absprachen zwischen den Christdemokraten der Gemeinschaftsmitglieder. Infolgedessen entstanden zunächst im April 1970 eine informelle „Ständige Konferenz der Sechs“, in der sich führende Persönlichkeiten der EUCD-Mitgliedsparteien aus der EG austauschten,<sup>24</sup> und zwei Jahre später ein neues Organ, das „Politische Komitee der christdemokratischen Parteien der EG“, das eine dauerhafte Verbindung von nationalen und europäischen christdemokratischen Parteien und Fraktionen schaffen sollte.<sup>25</sup> Auf der gemeinsamen Konferenz der christlich-demokratischen Parteien und Parlamentsfraktionen der sechs Mitgliedsländer am 27. April

23. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei* ..., op.cit., S.77 f.

24. Weiter laut Konferenzbeschluss vom 27.04.1970: „Die Ständige Konferenz der Sechs setzt sich aus den Verantwortlichen der Parteien (Vorsitzenden oder Persönlichkeiten, die analoge Funktionen ausüben), der nationalen Fraktionen und der Fraktion des Europäischen Parlaments zusammen [...]. Die Ständige Konferenz der Sechs wird vom Vorsitzenden der EUCD und dem Vorsitzenden der Fraktion des Europäischen Parlaments einberufen; ihre Tätigkeit vollzieht sich im Rahmen der EUCD“. ACDP, Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/167/2, Konferenz der christlich-demokratischen Parteien und Parlamentsfraktionen der sechs Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften, 27.04.1970.

25. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei* ..., op.cit., S.91.



1970 in Brüssel wurde festgehalten, dass der neue „Organismus [...] in wirksamer Weise und ständig zu den Fragen der europäischen Politik Stellung nehmen“ sollte.<sup>26</sup>

Entschärfte die Ständige Konferenz aus Sicht der Europaparlamentarier das Spannungsfeld zu den nationalen Parteien, so entstand ein neues innerhalb der EUCD, nämlich zwischen Parteien aus EG-Mitgliedsländern und solchen, die sich außerhalb der Gemeinschaft befanden. Letztere fühlten sich von der Diskussion ausgeschlossen, zumal hintergründig bereits die Absicht zu erkennen war, eine organisatorische Struktur zu schaffen, die Vorleistungen für eine zukünftige europäische christdemokratische Partei erbringen sollte. Der niederländische EP-Abgeordnete Tjerk Westerterp etwa forderte 1970 unter Hinweis auf die Bedeutungszunahme des EP die Gründung einer europäischen Christdemokratischen Partei.<sup>27</sup> Sowohl die Beteiligung der Europaabgeordneten am Haushaltsverfahren der fusionierten Europäischen Gemeinschaften (EG) seit 1970 (1975 wurden diese Kompetenzen noch ausgeweitet) als auch das wachsende Verlangen, durch die Direktwahl der Abgeordneten die Legitimität des EP zu stärken und dessen Arbeitsfähigkeit durch die Lösung des Problems der Doppelmandate zu verbessern, spielten in diese Diskussion hinein: „spätestens zum Zeitpunkt der allgemeinen Wahl des Europäischen Parlaments“, so Westerterp, seien

„in allen Mitgliedsstaaten alle Voraussetzungen für die Gründung europäischer Parteien erfüllt. Die europäischen Parteien hätten dann die klassischen Aufgaben einer politischen Partei zu erfüllen; sie fungieren als ein Organ, in dem die politische Idee, die in den Europäischen Gemeinschaften verwirklicht werden müssten, entwickelt werden“.<sup>28</sup>

Als die Staats- und Regierungschefs der EG-Mitgliedsstaaten im Dezember 1974 beschlossen, die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments auf das Jahr 1978 festzulegen (was durch Beschluss des Europäischen Rates später auf Juni 1979 verschoben wurde), gründete die EUCD im September 1975 eine *ad hoc* Arbeitsgruppe gegründet, die den Auftrag hatte, eine Satzung und ein Programm für eine „Europäische Partei“ auszuarbeiten. Entsprechend führt Thomas Jansen, zwischen 1983 und 1994 Generalsekretär der späteren Europäischen Volkspartei (EVP), die Vertiefung des europäischen Parlamentarismus – dazu zählen „die Gründung der EVP in den 1970er Jahren genau wie die Gründung des Bundes der sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft und die Gründung der Liberalen Formation“ – auf die „Ankündigung“ der Direktwahlen zum Europaparlament zurück:

„Eine Wahl der europäischen Abgeordneten durch die Völker Europas. Das war der Ansatzpunkt. Hier wachten die nationalen Parteiführer auf und sagten sich: ‚Da müssen wir

26. ACDP, Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/167/2, Konferenz der christlich-demokratischen Parteien und Parlamentsfraktionen der sechs Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaften, 27.04.1970.

27. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei ...*, op.cit., S.91.

28. ACDP, Nachlass Fritz Burgbacher, 01-158/001/2, Th.E. Westerterp, Die Bildung Europäischer Parteien. Rede auf dem Studientag des niederländischen Arbeitskreises der Europäischen Union der Christdemokraten, 20.07.1970.

gewappnet sein und als europäische Formation auftreten, um auf dieser Ebene entsprechend Erfolg zu haben!’ Darauf folgten die Gründungen, wobei zunächst die Strukturen geschaffen werden mussten und Programmarbeit geleistet werden musste. Alle setzten daran, gemeinsame Programme für ihre Parteienfamilien aufzustellen“.<sup>29</sup>

Innerhalb der christdemokratischen Parteienfamilie entwickelte sich zunächst eine Auseinandersetzung um den Namen der neuen europäischen Partei, da vor allem die französische *Centre des démocrates sociaux* (CDS) sich dafür ausgesprochen hatte, die christliche Bezugnahme im Parteinahmen zu verhindern, um den säkularen Traditionen in Frankreich zu entsprechen.<sup>30</sup> „Andere“, so Jansen,

„meinten, diese europäische Partei müsse sich offen für Parteien und andere Traditionen als der christlich-demokratischen aufstellen. Auch von deutscher Seite wurde diese Forderung erhoben: ‚Wir müssen auch für die Konservativen und die Bauernparteien in Osteuropa offen sein‘. Man dachte in den 1970er Jahren natürlich auch an zukünftige Entwicklungen, die nicht aktuell waren, aber stattfinden könnten. [...] Dann wurde der Kompromiss ‚Europäische Volkspartei‘ gemacht. [...] In der Tat habe ich damals mittels eines Memorandums für einen Arbeitskreis in der CDU mitgewirkt, den Begriff EVP zu wählen [...] weil es ein typischer Begriff für Parteien mit christlich-demokratischer Orientierung war. [...] Die Idee und der Name ‚Volkspartei‘ sind eng mit der Geschichte von Parteien dieser Orientierung verbunden, worauf dann auch der Name der EVP zurückgeht“.<sup>31</sup>

Mit der Geburt der EVP erlebte auch die christlich-demokratische Fraktion einen Wandel, indem sie fortan Teil der EVP wurde: Die offizielle Gründung der EVP-Fraktion erfolgte am 29. April 1976.<sup>32</sup>

Unterdessen war mit dem Beitritt Großbritanniens, Irlands und Dänemarks zur EG 1973 ein neues Spannungsfeld innerhalb der Parteienkooperation entstanden. Fortan stellte sich die Frage, ob oder wie eine Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und Konservativen Parteien ausgestaltet werden konnte. Neben einer Vielzahl programmatischer Überschneidungen und Berührungspunkte manifestieren sich Unterschiede zwischen Christdemokraten und Konservativen vor allem in der praktischen Politik. Um nur wenige Merkmale zu nennen: Das Konzept der Nation und das Prinzip des *law and order* nimmt bei Konservativen in der Regel einen weitaus höheren Stellenwert ein als bei Christdemokraten. Dagegen betonen christdemokratische Politiker den Sozialstaat als eines der Fundamente, in denen sich gesellschaftliche Entwicklung vollzieht, während Konservative eher den sozialen Nachtwäch-

29. Interview mit Thomas Jansen, geführt von Michael Gehler (unveröffentlichtes Manuskript), Hildesheim, 27.05.2010. Kopie im Besitz des Verfassers.

30. P. FONTAINE, op.cit., S.165.

31. Interview mit Jansen, Hildesheim, 27.05.2010.

32. Folgende Parteien gehörten ihr an: aus Belgien die *Christlijke Volkspartij* und der *Parti social-chrétien*, aus der Bundesrepublik die *Christlich-Demokratische Union* und die *Christlich-Soziale Union*, aus Frankreich die *Union centriste des démocrates de progrès* und der *Centre des démocrates sociaux*, aus Irland die *Fine Gael*, aus Italien die *Democrazia Cristiana* und die *Südtiroler Volkspartei*, aus Luxemburg der *Parti chrétien social*, aus den Niederlanden die *Anti-Revolutionaire Partij*, die *Christelijk Historische Unie* und die *Katholieke Volkspartij* sowie schließlich auf europäischer Ebene die Christlich-Demokratische Fraktion des EP.

erstaat bevorzugen.<sup>33</sup> In einigen europäischen Ländern sind konservative und christdemokratische Strömungen organisatorisch ineinander aufgegangen, in anderen waren bzw. sind sie scharf voneinander getrennt: In der Bundesrepublik Deutschland etwa sammelten sich in der nach dem Zweiten Weltkrieg gegründeten CDU und der bayrischen CSU mehrere politische Strömungen der Weimarer Republik, die in der Tradition konservativer, christlicher und liberaler Parteien gestanden und beansprucht hatten, sich an das ganze Volk zu wenden: Neben Anhängern der katholischen Zentrumsparterie fanden hier auch vormalige Mitglieder der nationalkonservativen Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) sowie der nationalliberalen Deutschen Volkspartei (DVP) eine neue Heimat, obwohl CDU und CSU traditionell das christliche Menschenbild in den Mittelpunkt ihrer Programmatik stellten.<sup>34</sup> Eine weitaus deutlichere Unterscheidung liegt in den skandinavischen Ländern vor, wo eigenständige konservative Parteien neben christdemokratischen Parteien existieren und rivalisieren. Dagegen gab und gibt es in Großbritannien lediglich eine konservative Partei von Relevanz, wogegen Christdemokraten über keine nennenswerte Anhängerschaft verfügen.<sup>35</sup>

Letztlich gelang es der christlich-demokratischen Fraktion des EP lediglich, die Mandatsträger des irischen *Fine Gael* für eine Zusammenarbeit in der Fraktion zu gewinnen, während die britischen und dänischen Mitglieder des EP eine neue, konservative Fraktion begründeten.<sup>36</sup> Im Gegensatz dazu integrierte die Sozialistische Fraktion die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien der 1973 beigetretenen Länder erfolgreich. Infolgedessen wirkte sich die Norderweiterung auf die transnationale Parteienzusammenarbeit vor allem dahingehend aus, dass die christdemokratische Fraktion die seit ihrer Gründung 1953 bestehende, relative Mehrheit im EP verlor.<sup>37</sup>

Die Hintergründe sind vor allem in programmatischen Spannungen zwischen Christdemokraten und Konservativen zu suchen, die eine konstruktive Zusammenarbeit trotz wiederholter Bemühungen von beiden Seiten behinderten. Bereits in den 1960er Jahren hatte die britische Konservative Partei gemeinsam mit den skandinavischen Parteien, mit österreichischen und schweizerischen Christdemokraten Konferenzen abgehalten,<sup>38</sup> um ihre zunehmende Isolierung aufgrund der Nichteilnahme

33. J. STEUWER, S.M.H. JANSSEN, *Die christlich-konservative Volkspartei. Potenziale und Probleme der Zusammenarbeit christdemokratischer und konservativer Parteien in der EVP*, in: J. MITTAG, (Hrsg.), *Politische Parteien und europäische Integration ...*, op.cit., S.579-601, hier S.581 f.

34. H.-O. KLEINMANN, *Die gesellschaftliche Basis der CDU/CSU*, in: E. LAMBERTS (Hrsg.), *Christian Democracy in the European Union 1945-1995. Proceedings of the Leuven Colloquium, 15-18 November 1995*, Kadoc-Studies, Leuven, 1997, S.123-136.

35. Vgl. zu den nationalen Entwicklungen auch ausführlich M. GEHLER, W. KAISER, H. WOHNOUT (Hrsg.), *Christdemokratie im 20. Jahrhundert ...*, op.cit.

36. S. MATL, op.cit., S.309 f.

37. Ibid., S.583.

38. Vgl. dazu auch K.M. JOHANSSON, *The alliance of European Christian Democracy and Conservatism. Convergence through networking*, in: W. KAISER, P. STARIE (Hrsg.), *Transnational European Union. Towards a Common Political Space*, Routledge, London, 2005, S.131-149, hier S.135-140.

am Integrationsprozess abzuwenden und nach ideologischen und programmatischen Übereinstimmungen zu suchen, auf deren Basis eine gegenseitige Unterstützung auch auf nationaler Ebene, in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, erfolgen konnte.<sup>39</sup> Dass die britischen Konservativen im Vorfeld und im Zuge des EG-Beitritts vor allem den Kontakt nach Bonn suchten, hatte einen einfachen Grund: Innerhalb der EUCD waren es vor allem die deutschen Schwesterparteien CDU/CSU, die für einen Strategiewechsel zur Schaffung einer „Demokratischen Mitte“ unter Einschluss der Konservativen und Liberalen warben, um die Mehrheitsverhältnisse im EP günstig zu beeinflussen.<sup>40</sup> Allerdings sprach sich eine Mehrheit der EUCD-Mitglieder, so die italienische *Democrazia Cristiana* und die holländischen und belgischen Christdemokraten, gegen eine Kooperation mit den Konservativen aus. Die Gründe fasst ein für Kai-Uwe von Hassel (ab 1973 EUCD-Präsident) seitens der Konrad-Adenauer-Stiftung verfasstes Papier Anfang Februar 1972 wie folgt zusammen:

„Im Wesentlichen geht es um drei Elemente bei diesen Vorbehalten, die je nach Diskussionsstand und aktuellen Ereignissen mit unterschiedlicher Intensität vorgetragen werden. Diese drei Elemente sind weltanschaulich, politisch und taktisch motiviert.

Zum ersten wird angeführt, daß die ausdrückliche christliche Inspiration fehle, nicht nur im Namen der Partei, sondern vor allem in deren Grundsätzen. Auf die christliche Tradition würde zu wenig Wert gelegt, und eine direkte formelle Zusammenarbeit würde die Verwischung der eigenen christlich demokratischen Weltanschauung und des politischen Profils erleichtern. [...]

Zu den politischen Vorbehalten wird immer wieder auf einen vermeintlichen Wesensunterschied in den Programmen verwiesen, besonders auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Sozialpolitik [...]

Die taktischen Vorbehalte berücksichtigen vornehmlich innerparteiliche Schwierigkeiten der christlich-demokratischen Parteien mit ihren eigenen Arbeitnehmerflügeln bzw. den christlichen Arbeitnehmerorganisationen. Auf dem Hintergrund dieser innerparteilichen Schwierigkeiten seien sie bei der Arbeitnehmerwählerschaft einer starken Propaganda der Sozialisten ausgesetzt, die den christdemokratischen Parteien vorwerfen, aufgrund ihres

39. So schreibt Erik Blumenfeld über einen Besuch mit Richard von Weizsäcker bei den britischen Konservativen im Rahmen der CDU-Auslandsarbeit: „Bespprechungsthema war der dringende Wunsch der Konservativen, endlich eine enge Zusammenarbeit und einen kontinuierlichen Gedankenaustausch zwischen unseren beiden Parteien zu organisieren. Darüber hinaus aber sind die Konservativen der Meinung, daß in Europa dem Vormarsch der Sozialisten und einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit aller Macht entgegengewirkt werden muß. Dies kann nach ihrer Meinung nur geschehen, wenn endlich auf der europäischen Ebene die ‚Mitte‘ und ‚Mitte-rechts‘ Schwesterparteien sich zusammenfinden. Die bisherigen organisatorischen Versuche in der EUCD sind nicht ermutigend. [...] Daher ist es die Zielsetzung der englischen Freunde, mit uns gemeinsam zu einer Art Dreieckszusammenarbeit zu kommen mit den französischen Parteien der Mitte“. ACDP, Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/162/2, Erik Blumenfeld an Bundestagspräsident Kai Uwe von Hassel (CDU), 18.03.1970.

40. T. JANSEN, *Die Entstehung einer Europäischen Partei* ..., op.cit., S.100 f.

konservativen Charakters auch für christliche Arbeitnehmer entscheidende Reformen nicht durchführen zu können [...]“<sup>41</sup>

Unterschiedliche Vorstellungen über die Finalität des Integrationsprozesses vertieften die Spaltung. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich die 1976 gegründete EVP und innerhalb dieser Organisation auch die christlich-demokratische Fraktion zu einem exklusiven Club christdemokratischer Parteien der EG-Mitgliedsstaaten. Den Konservativen wurde weder eine Mitgliedschaft ermöglicht, noch ein Beobachterstatus eingeräumt.<sup>42</sup> Es ist daher kritisch zu hinterfragen, ob die EVP ihrem hohen Anspruch, „die europäische Einigung zu einer europäischen Föderation zu führen“<sup>43</sup> – wie es der spätere belgische Premierminister Wilfried Martens ausgedrückt hat – im Kleinen überhaupt gerecht werden konnte. Um eine rein integrative Organisation handelte es sich gewiss nicht.

Im Hinblick auf die Formen der hier erwähnten Parteienkooperation gab es eine ständige Trenn- und Konfliktlinie zwischen christsozial-linksliberalen und christdemokratisch-konservativen Parteien. Dies gilt auch für die Kooperation der Christdemokraten im Europäischen Parlament. Unterschiedliche nationale Erfahrungen, verschiedene politische Kulturen und Mehrheitsverhältnisse führten zu einer entsprechenden Lagerbildung. Italienische und niederländische Christdemokraten waren beispielsweise weitaus weniger in ein „ideologisches Links-Rechts Schema“ involviert als die deutsche Christdemokratie, deren Handeln sich auch über den Gegensatz zur deutschen Sozialdemokratie definierte.<sup>44</sup> Darüber hinaus wollten sich CDU/CSU nicht mit der kerneuropäischen EVP-Lösung zufrieden geben. Ihre Aufmerksamkeit galt auch jenen EUCD-Parteien, die nicht aus Ländern der EG stammten und die die Entstehung der EVP mit zunehmender Sorge beobachteten. So befürchteten Vertreter der österreichischen ÖVP sowie der schweizerischen CVP bei einem Treffen mit EUCD und EVP-Vertretern 23. November 1976 in Zürich dass „die EVP verständlicherweise stark an Gewicht gewinnen, die EUCD entsprechend verlieren wird“, und dass sich „die CD-Parteien in Europäische Gemeinschaft und EFTA-Gruppe trennen und die EVP daher den Kern der Spaltung in sich trägt“. Damit würden gerade „die Neutralen von Information und Mitwirkung an Europa ausgeschlossen“, zugleich würden die Möglichkeiten der Sozialistischen Internationale (SI), innenpolitisch zu wirken, relativ verstärkt in dem Maße, wie die christdemokratischen Parteien der Nicht-EG-Länder von der internationalen Zusammenarbeit ausgeschlossen seien.<sup>45</sup>

Vor diesem Hintergrund entstand die Initiative zur Gründung eines weiteren Parteienzusammenschlusses, nämlich der Europäischen Demokratischen Union (EDU) der bürgerlichen Mitte, an der sowohl konservative Parteien als auch Mitgliedsparteien aus EUCD und EVP teilhaben konnten. Neben der CDU/CSU waren vor allem

41. ACDP, Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/162/2, Bernhard Gebauer (Leiter der Politischen Akademie Eichholz der Konrad-Adenauer-Stiftung) an Kai-Uwe von Hassel, 08.02.1972.

42. S. MATL, op.cit., S.309 f.

43. Zitiert nach P. FONTAINE, op.cit., S.167.

44. J. STEUWER, S.M.H. JANSSEN, op.cit., S.584.

45. ACDP, Nachlass Kai-Uwe von Hassel, I-157/166, Bericht über die Begegnung von ÖVP und CVP mit EUCD und EVP, 23.11.1976.

die österreichische ÖVP und die britischen Konservativen treibende Kräfte dieser Entwicklung. Ihre Gründungsversammlung fand 1978 im Rahmen einer Konferenz in Salzburg auf Schloss Kleßheim statt. Neben dem angesprochenen deutsch-österreichisch-britischen Trio waren die dänische *Det konservative Folkeparti*, die finnische *Kansallinen Kokoomus*, die norwegische *Høyre*, das französische *Mouvement républicain populaire*, die schwedische *Moderata samlingspartiet* sowie die portugiesische *Centro Democrático e Social* Gründungsmitglieder. Italiener, Belgier und Niederländer blieben der EDU in strikter Verfolgung ihrer Position gegenüber den Konservativen fern. Michael Gehler führt den neuen Parteienzusammenschluss auf die Unzufriedenheit der nicht in der EG agierenden christdemokratischen Parteien mit den Strukturen und dem Bedeutungsverlust der EUCD, auf den Wunsch nach Schaffung eines Gegengewichts zur Sozialistischen Internationale (SI), die in Olof Palme, Willy Brandt und Bruno Kreisky über drei herausragende Persönlichkeiten verfügte, und auf das erzwungene Fernbleiben der Nicht-EG-Parteien von der EVP zurück.<sup>46</sup>

Ihrem Selbstverständnis nach wollte die EDU weder ein Parteienverbund wie die EUCD noch eine „Europa-Wahlpartei“ wie die EVP sein. Für die Christdemokraten innerhalb der EG hatte die EVP ohnehin klar Vorrang.<sup>47</sup> Vielmehr sahen die Teilnehmer die EDU eher als Plattform für den Austausch über europapolitische Vorstellungen zwischen Konservativen, Liberalen und Christdemokraten einerseits, Parteien in der EG und außerhalb der EG andererseits. Diese Wahrnehmung wurde jedoch nicht von allen Seiten bejaht. Ein Spannungsfeld war vor allem zur EVP entstanden, innerhalb derer einige die EDU als Konkurrenzorganisation wahrnahmen. Thomas Jansen erinnert sich:

„Zwischen der EDU und der EVP gab es Kontroversen. Die EVP war gemäß unserer Vorstellung von der Europäischen Gemeinschaft eine supranational angelegte Parteienformation und nicht eine bloße Kooperationsstruktur. Sie wollte im System der Europäischen Gemeinschaft eine Partei sein. Die EDU war ein Verein von Parteidiplomaten, die sich relativ unverbindlich trafen. Ich erkenne an, was ich erst spät tat [...], dass die EDU eine wichtige Funktion darin hatte, dass sie die Konservativen und Christdemokraten aus West wie Ost – die unterschiedlichen geistig-politischen programmatischen Strömungen – zusammen und ins Gespräch gebracht hat. Darin besteht die große Leistung der EDU. Konkrete politische Beiträge zur Integration und darüber hinaus, hat die EDU, meines Erachtens, nicht gebracht.“<sup>48</sup>

46. M. GEHLER, *Geschichte vergleichender Parteien-Außenpolitik* ..., op.cit., S.26.

47. In einem Vermerk des Büros für Auswärtige Beziehungen der CDU für den Parteivorsitzenden Helmut Kohl, im Hinblick auf ein geplantes Treffen mit Margaret Thatcher (Großbritannien), Leo Tindemans (Belgien) und Josef Taus (Österreich) heißt es dazu: „Ministerpräsident Tindemans könnte davon verständigt werden, daß wir bei der Gründung der EDU durch alle Teilnehmer herausstellen wollen, daß es sich bei der EDU nicht um eine Partei handelt und daß für uns, die CSU und andere mögliche EVP-Mitglieder die Mitgliedschaft in der EVP absoluten Vorrang hat und nur die EVP als Wahlkampfvehikel im Vorfeld der Europäischen Direktwahl infrage kommt“. ACDP, Büro für Auswärtige Beziehungen. VIII-009/001, Vermerk für Helmut Kohl zur Besprechung mit Tindemans, Thatcher und Taus am 01.12.1977 in Brüssel, 29.11.1977.

48. Interview mit Jansen, Hildesheim, 27.05.2010.

### Fazit: Die CD-Fraktion im Geflecht von EUCD, EVP und EDU

Im Jahr 1979, dem Jahr der ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments und zugleich Endpunkt des hier zu untersuchenden Zeitraumes, bestanden somit drei Organisationsformen für die Zusammenarbeit christdemokratischer und z.T. konservativer Parteien in Europa: EVP, EUCD und EDU. Die christdemokratische Fraktion im Europaparlament, die seit 1975 mit der EVP über eine eigene Parteiorganisation verfügte, befand sich in deren Mitte, wo sich allerdings auch die Gegensätze und Ambiguitäten, die die multiplen Kooperationsforen mit sich brachten, sammelten. Dazu trug auch die Verfestigung der Konkurrenzsituation zwischen EVP und EDU bei. Im Rahmen des Europäischen Parlaments erhöhten sich die Spannungen durch die Umbenennung der Konservativen Fraktion in Fraktion der Europäischen Demokraten im Juli 1979 sowie die Gründung der Internationalen Demokratischen Union als globaler Dachverband.<sup>49</sup> Auswirkungen hatte der Dualismus zwischen EVP und EDU in erster Linie auf die EUCD, deren Position durch die Konzentration der nationalen Parteien auf EVP oder EDU geschwächt wurde.<sup>50</sup>

Zusammenfassend lassen sich bei den hier untersuchten Formen der transnationalen Parteienkooperation auf europäischer Ebene sowohl integrative Impulse, als auch desintegrative oder blockierende Effekte feststellen. Nicht zuletzt waren auch der Rhythmus und das Ergebnis der jeweiligen Entwicklungen einzelnen Parteien oder Parteiformationen mitentscheidend für die Ausgestaltung der ihrer europäischen Kooperation. So spielten Unterschiede in der nationalen Parteien- und Politikkultur – verdeutlicht anhand der Schwierigkeiten der Zusammenarbeit zwischen Christdemokraten und Konservativen – ebenso wie die divergierenden Sichtweisen und Interessenlagen von Parteien innerhalb EG-Europas, die mit dem EP transnationale Politik mitgestalten konnten (wenn auch nur in Grenzen), und derer außerhalb der EG, eine zentrale Rolle. Andererseits gab es immer wieder Versuche, sich von diesen „Fesseln“ bzw. Konditionierungen zu befreien und sich im Sinne des Europagedankens in verschiedene Richtungen zu öffnen. Dabei war die Auseinandersetzung zwischen „Bremsern“ und „Initiatoren“ bzw. „Progressiven“ durchaus symptomatisch für eine europäische Einigung, die in den 1970er Jahren von vielen Seiten mit Skepsis und Zurückhaltung betrachtet wurde. Nationalismen, unterschiedliche Marktordnungen in EG und EFTA, der Vorrang der Ost-West-Beziehungen, das Festhalten an der Neutralität zeigen an, dass die Europäer bei der Suche nach Identität konkurrierende Leitbilder verfolgten. Daraus erwuchsen Spannungen und Unsicherheiten, die sich im Beziehungsgeflecht der Parteien und Parteinetzwerke von EUCD, EVP und EDU, in deren Zentrum die christlich-demokratische Fraktion im EP agierte, wiederfinden lassen.

49. E. KUPER, U. JUN (Hrsg.), *Transnationale Parteienbünde zwischen Partei- und Weltpolitik*, Peter Lang, Frankfurt am Main, u.a., 1995, S.303 f.

50. J. STEUWER, S.M.H. JANSSEN, op.cit., S.589 f.

# Der ZIB-Reader



## Was die EU im Innersten zusammenhält

Debatten zur Legitimität und Effektivität  
supranationalen Regierens

Herausgegeben von Prof. Dr. Stephan  
Stetter, Prof. Dr. Carlo Masala und Marina  
Karbowski, M.A.

2011, ca. 350 S., brosch., ca. 39,- €

ISBN 978-3-8329-5856-5

Erscheint ca. September 2011

[nomos-shop.de/12881](http://nomos-shop.de/12881)

Die Europäische Union ist ein zentrales Thema in den Debatten des Fachbereichs Internationale Beziehungen (IB), nicht zuletzt weil mit ihr ein politischer Raum jenseits nationalstaatlicher Steuerung entsteht. Zahlreiche Autoren und Autorinnen setzten sich in der Zeitschrift für Internationale Beziehungen (ZIB) mit Themen zur Europäischen Union auseinander, da diese grundlegende Fragen in den IB und an die IB aufwerfen.

Der ZIB-Reader: Was die EU im Innersten zusammenhält stellt noch einmal die zentralen Artikel aus der ZIB zusammen, die sich mit der EU beschäftigen. Im Mittelpunkt stehen dabei Fragen zu nicht-hierarchischer politischer Steuerung jenseits des staatlichen Gewaltmonopols, zur Legitimität solcher Strukturen und zu ihren Wirkungen auf andere politische Akteure. Der Band will damit einen Beitrag zur systematischen Nutzung zentraler fachlicher Debatten aus der ZIB in Forschung und Lehre in den IB leisten.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder  
versandkostenfrei unter ► [www.nomos-shop.de](http://www.nomos-shop.de)



**Nomos**